

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Mitteilungsblatt für die Schulen und Volkshilbungssämter des Landes Brandenburg

Staat Brandenburg

Potsdam, 1946

2. Jg. 1. Jun. 1948 Nr. 20

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4781



Mitteilungsblatt

für die

SCHULEN UND VOLKSBIILDUNGSÄMTER DES LANDES BRANDENBURG

Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

2. Jahrgang

Potsdam, den 1. Juni 1948

Nummer 20

Inhalt

Aufruf an die Lehrer und Erzieher des Landes Brandenburg zum Volksbegehren	159	Unsere Schule kämpft für Deutschlands Einheit, Bericht über die 3. Pädagogische Landeskonferenz in Cottbus	160
Entschliebung der Delegierten der 3. Pädagogischen Landeskonferenz	159	Prämierte Lehrer und Erzieher des Landes Brandenburg	162

Aufruf

an die Lehrer und Erzieher des Landes Brandenburg zum Volksbegehren

Die Delegierten der Dritten Pädagogischen Landeskonferenz haben auf ihrer Arbeitstagung in Cottbus beschlossen, folgenden Aufruf an die Lehrer und Erzieher des Landes Brandenburg zu richten:

Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Volkskongreß hat den Beschluß gefaßt, in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 ein Volksbegehren für eine gesamtdeutsche Volksabstimmung über die zukünftige Gestaltung Deutschlands durchzuführen und die einheitliche, ungeteilte deutsche Volksrepublik zu fordern.

Die Delegierten des Pädagogischen Landeskongresses rufen euch auf, euch mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß das Volksbegehren zu dem gewaltigen Erfolg führt, der angesichts der ungeheuren Bedeutung dieser ersten gesamtdeutschen Willenskundgebung notwendig ist.

Ihr gehört zu denen, die in erster Linie dazu berufen sind, die Bedeutung und den Ernst der geschichtlichen Stunde zu erkennen.

Ihr müßt über alle Schwierigkeiten des Tages und alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die große politische Linie sehen und damit allen anderen Helfer und Vorbild sein.

Ihr seid durch euren Beruf der deutschen Kultur verbunden, deren Erhaltung von der Einheit Deutschlands abhängt.

Ihr seid der Jugend des Volkes verpflichtet, um deren Zukunft es in besonderem Maße und in besonderem Sinne geht.

Von euch wird erwartet, daß ihr euch ohne Ausnahme in die Einzeichnungslisten eintragt und damit allen anderen ein Beispiel gebt.

Ihr sollt darüber hinaus bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Gedanken des Volksbegehrens fördern und weite Volkskreise, besonders die Elternschaft eurer Schüler, von seiner Notwendigkeit und Bedeutung überzeugen.

Sorgt dafür, daß auch die Jugend dieses Ereignis bewußt miterlebt und bringt es ihr in seiner ganzen geschichtlichen Größe nahe.

Die Delegierten des Pädagogischen Landeskongresses erwarten, daß ihr euch in diesen entscheidenden Tagen eurer besonderen Pflicht und Verantwortung der Jugend und dem Volk gegenüber bewußt seid!

Entschliebung

der Delegierten der Dritten Pädagogischen Landeskonferenz

Der Dritte Pädagogische Kongreß des Landes Brandenburg hat mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Aufbau der demokratischen Schule im abgelaufenen Jahr weiter fortgeschritten ist. Die Vermehrung der Kindergärten um 350, das Anwachsen der Grundschulen um mehr als 40, die Zunahme der Oberschulen um 5 und der Berufsschulen um 14, vor allem aber die Erhöhung der Lehrerschaft um 1160 sind beachtliche Erfolge, die trotz aller noch bestehenden Mängel und Schwierigkeiten zu den besten Hoffnungen für eine stetige Weiterentwicklung berechtigen. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß es ge-

lungen ist, die Hälfte aller einklassigen Landschulen in zweiklassige zu verwandeln. Mit ehrlicher Freude erfüllt den Kongreß die Feststellung, daß die Neulehrer sich bewährt haben, daß rund 900 im abgelaufenen Jahr ihre erste Prüfung ablegten, und daß viele von ihnen das Vertrauen rechtfertigten, das die Verwaltung in sie setzte, als sie ihnen eine Schulleiterstelle übertrug. Die Eröffnung der Landeshochschule in Potsdam zum 1. Oktober 1948 wird begrüßt als die Krönung des Aufbaues eines umfassenden demokratischen Volkssystemes in unserem Lande.

90 Millionen RM Schuletat im Haushalt 1948/49 sind eine Leistung, die die gesamte Bevölkerung Brandenburgs mit Stolz erfüllen muß, und die für Lehrer und Erzieher eine hohe Verpflichtung enthält. Die Delegierten des Kongresses geloben alle Kräfte zu mobilisieren, um dieser Verpflichtung nachzukommen.

Die Lehrer und Erzieher dürfen hinter den werktätigen Massen der Bauern und der Arbeiter nicht zurückstehen, die unter Aufbietung aller Energie den wirtschaftlichen Aufbau vorantreiben. Die höchste Arbeitsmoral muß entwickelt werden, um den geistigen Aufbau schritthalten zu lassen mit dem wirtschaftlichen. Vordringlich ist die Verbreiterung und Vertiefung der Berufsschulbildung durch Errichtung neuer Schulen und Ausbildung von Lehrern. Es müssen Wege gefunden werden, um die Oberschulen mit guten Fachlehrern zu versorgen.

Die einklassige Dorfschule muß verschwinden. Das Ziel ist die mindestens vierklassige, möglichst achtklassige Landschule sowie die gute Zentralschule mit Schülerheim. Durch weitere Eröffnung von Kindergärten muß auf dem Wege zum obligatorischen Kindergarten vangeschritten werden. In allen Schulen muß für einen

guten Kernunterricht gesorgt werden, der das Rückgrat der Einheitsschule ist. Auf die Hochschule gehören vorzugsweise Arbeiter- und Bauernkinder, damit die zukünftige Intelligenz wirklich eine Intelligenz des schaffenden Volkes ist.

Die Delegierten des Kongresses sind sich völlig klar darüber, daß all diese Ziele nur zu erreichen sind, wenn mit größter Entschiedenheit und Unnachgiebigkeit die reaktionären Kräfte bekämpft werden, die sich hier und da breit machen suchen, um unter dem Deckmantel eines demokratischen Formalismus die wirkliche Demokratie zu beseitigen. Darum ist es die oberste Pflicht aller Lehrer und Erzieher, unablässig an ihrer eigenen politischen Bildung zu arbeiten, damit sie jene reaktionären Kräfte erkennen und eine klare Anschauung bekommen von den Triebkräften und der Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung. Nur so werden sie zu bewußten und unerschütterlichen Demokraten, zu Bildnern der neuen Gesellschaft, denen die Pädagogik keine vom politisch-gesellschaftlichen Leben losgelöste Wissenschaft ist, sondern die praktische Betätigung ihrer demokratischen Überzeugung, ihres politisch-gesellschaftlichen Bewußtseins.

Unsere Schule kämpft für Deutschlands Einheit

Dritte Pädagogische Landeskonferenz in Cottbus

Am Vorabend des Dritten Pädagogischen Landeskongresses eröffnete der Gebietsreferent für die Niederlausitz, Herr Pohlmann, eine öffentliche Kundgebung im Gewerkschaftshaus, in der Minister Rücker im Rahmen der Veranstaltung der Freunde der neuen Schule über das Thema „Schule und Gegenwart“ sprach. Den musikalischen Rahmen gab ein Kinderchor und das Weinkauf-Trio, das ein Stück von Beethoven zu Gehör brachte.

Die Arbeit eines jeden einzelnen Lehrers hat vor dem Urteil des Volkes als dem höchsten Richter zu bestehen, führte Minister Rücker aus. Die neue deutsche Schule hat Anteil an unserem wirtschaftlichen Aufbau, an der

Um allen Lehrern und Erziehern möglichst schnell die Ergebnisse der Dritten Pädagogischen Landeskonferenz in Cottbus bekanntzugeben, wurde von der ursprünglichen Absicht, das nächste Mitteilungsblatt erst zum 15. Juni herauszubringen, abgewichen und das vorliegende Heft unmittelbar nach der Konferenz herausgegeben. Die nächste Nummer des Mitteilungsblattes mit Runderlassen und Mitteilungen erscheint gleichfalls planmäßig zum 15. Juni.

Bodenreform und allen Dingen des öffentlichen Lebens. In ihr lebt eine große gesellschaftliche Umwälzung. Dieser Abend in Cottbus mit der großen Teilnahme der gesamten Bevölkerung beweist, daß die Selbstverwaltungsorgane und die breiten Massen des Volkes mit herangezogen werden und sich um die Schule kümmern. Im Schulwesen darf keine bürokratische Verwaltungsarbeit zu Hause sein. Die Schultüren müssen allen Eltern geöffnet sein. Wieviele Eltern und Lehrer haben vor zweieinhalb Jahren beim Aufbau des Schulwesens mitgearbeitet. Pädagogische Aussprachen mit den Eltern sind unbedingt erforderlich. Nur so entsteht eine große Schulgemeinschaft. Die Elternausschüsse sollen bei der Elternschaft einen starken Anteil an dem Leben der Schule bewirken, andererseits aber auch eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen der Lehrer- und Elternschaft bei der Erziehung unserer Jugend bilden.

Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte müssen mancherorts noch ein stärkeres Interesse für das Schulwesen zeigen. Unsere Schule muß lebensnahe sein. Die Jugend muß unser Lebensziel aus der Perspektive des demokratischen Aufbaues sehen. Gemeinsame Ver-

anstaltungen aller Art, Schüler selbstverwaltungen, die Kindervereinigung der FDJ und die Schulgruppen der FDJ auf den Oberstufen müssen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schülerschaft und den Lehrern hervorrufen. Die Schüler müssen die Lehrer bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützen. Auch solche Kinder, die von Haus aus nicht immer die richtige Erziehung haben, müssen demokratisch denken lernen. Das Programm der lernenden Jugend beweist, wie ernst es der Jugend mit der Schaffung um die Einheit Deutschlands ist. Wenn der Wille unserer Jugend Allgemeingut wird, braucht uns um unsere neue Schule nicht bange zu sein. Diese Arbeit fördert bei den Schülern unbedingt das Gemeinschaftsbewußtsein. Minister Rücker hob hervor, daß der Präsident der Deutschen Wirtschaftskommission, Heinrich Rau, die Tatsache des Einsatzes der Schulkinder bei der Trümmerbeseitigung bereits verschiedentlich anerkannt hat.

Der erste Arbeitstag

Am 25. Mai wurde in einem festlichen Rahmen im Stadttheater Cottbus die eigentliche Arbeitstagung eröffnet. Das Orchester des Stadttheaters Cottbus spielte die Ouvertüre zu „Euryanthe“ von Weber. Oberbürgermeister Wehrauch ergriff das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache an die Delegierten und betonte, daß die demokratische Schule in engsten Wechselbeziehungen zu unserem gesamten wirtschaftlichen und öffentlichen Leben steht. Er gab in diesem Zusammenhang einen kurzen Überblick über das Schulnetz der Stadt Cottbus und die Eingliederung aller Schulen einschließlich der Berufsschulen in die Einheitsschule. Dadurch ist die Gewähr einer einheitlichen Vermittlung aller Geisteswissenschaften gegeben.

Der Stellvertreter des Ministers, Herr Romminger, begrüßte die Delegierten und anwesenden Gäste, unter denen man u. a. den Leiter der Abteilung Volksbildung bei der SMAD, Professor Metropolski, sowie den Leiter der Abteilung Volksbildung der SMA Brandenburg, Professor Oreschkow, sah. Ferner waren Minister Stargardt sowie Vertreter der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, des Landratsamtes Cottbus und der antifaschistischen Organisationen und Parteien anwesend. Der Redner dankte dem Oberbürgermeister von Cottbus für die große Unterstützung bei der Organisation der Konferenz und sprach kurz über deren Aufgaben. Wir brau-

chen Lehrer und Schüler, die das künftige Deutschland weiter gestalten sollen, die für Völkerversöhnung und Humanismus eintreten. Das ist ihre Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft unseres Volkes.

Herr Köhler, der 2. Vorsitzende vom Landesvorstand der Lehrgewerkschaft, richtete gleichfalls Worte der Begünstigung an die Delegierten und Gäste.

Professor Oreschkow betonte, daß die Rolle des Lehrers in jedem Staat äußerst bedeutungsvoll sei. Es sind alle Voraussetzungen geschaffen, um den Lehrer in Deutschland zu einem wahren Volkslehrer werden zu lassen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn in einem kritischen Austausch der Gedanken über die Arbeit des Schulwesens gesprochen wird. Schulleiter und Lehrer sollen aus ihrer praktischen Arbeit heraus Berichte erstatten. Das junge Geschlecht soll zur aktiven Teilnahme herangebildet werden.

Minister Rücker: Rückblick und Ausblick

Im Mittelpunkt des ersten Tages stand das große Referat von Minister Rücker, das einen Rückblick und Ausblick über das Schulwesen des Landes Brandenburg im letzten Jahre gab. Die Bedeutung der neuen Schule wächst mit der Heranbildung von Fachkräften für unseren demokratischen Aufbau. Wichtig ist, daß nicht nur die Lehrer, sondern alle Schichten der Bevölkerung unser neues Erziehungsprogramm kennenlernen. Anschließend gab der Minister einige Zahlen des Aufbaues bekannt. Die Schülerzahl ist pro Lehrer von 42 auf 40 gesunken, und unser Ziel ist es, soviel Lehrer zu beschäftigen, daß die Zahl auf 35 gesenkt werden kann; denn nur dann ist ein wirklich produktiver Unterricht gewährleistet. Als Gegenbeispiel führte der Minister an, daß im Lande Nordrhein-Westfalen noch 50 Schüler auf einen Lehrer kommen. Vielfach wird bei uns in der Zone der Fortschritt übersehen, der erst im Vergleich mit anderen Ländern wirklich zum Ausdruck kommt. 585 einklassige Schulen sind in zweiklassige verwandelt worden. Ziel soll es sein, möglichst viel Landschulen in vierklassige zu verwandeln. Es mangelt immer noch an Fachlehrern. Die pädagogische Ausbildung der Lehrer soll in Zukunft nur noch an einer pädagogischen Fakultät erfolgen. Dazu dient die neue Landeshochschule Brandenburg. Wir dürfen dabei aber nicht übersehen, daß die Junglehrer, die bereits im Einsatz stehen, eine große praktische Erfahrung mitbringen. Sie stehen also keinesfalls hinter den Absolventen der pädagogischen Fakultät zurück.

Trotz der Schwierigkeiten bei der Lehr- und Lernmittelbeschaffung und Schulinstanzsetzung war die Arbeit der Lehrer des Landes Brandenburg im letzten Jahre gut. Das Berufs- und Fachschulwesen muß jedoch erheblich erweitert werden. In Cottbus wird eine neue Baugewerkschule errichtet. Die berufsschulpflichtige Jugend muß vor allem auf dem Lande noch stärker erfaßt werden. Eine Gesellenprüfung ohne Mitwirkung der Berufsschule soll nicht mehr möglich sein. Der Minister verwahrte sich gegen die häufige Verwechslung der Berufsschule mit der Berufsausbildung.

Der Leistungsstand der Oberschulen hat nicht überall die gewünschte Höhe. Wir dürfen auch vor einer Kritik an unserer eigenen Arbeit nicht zurückschrecken. Es ist eine Erleichterung in der materiellen Stellung derjenigen Jugendlichen, die für die Oberschule geeignet sind, durch die Gewährung von Stipendien vorgesehen. Die Auswahl für die Landeshochschule muß streng nach fortschrittlichen Prinzipien erfolgen. Wir brauchen eine Studentenschaft, die Schulter an Schulter mit der berufstätigen Jugend marschiert.

Im Anschluß an diese Ausführungen nannte Minister Rücker zahlreiche Schulen, in denen gute Arbeit geleistet wurde, sowie deren Leiter und Lehrer*). Er hielt aber auch nicht mit der Kritik an solchen Schulen zurück, deren

Leistungsstand noch zu wünschen übrig läßt. Der Beginn des neuen Schuljahres muß uns in einer intensiven Arbeit sehen. Von dem Etat des Volksbildungsministeriums von 109 Millionen stehen allein 90 Millionen dem Schulwesen zur Verfügung; das legt uns eine große Verpflichtung auf. Daß dabei auch eine enge Zusammenarbeit mit der Lehrgewerkschaft auf allen Gebieten stattfindet, ist selbstverständlich.

Abschließend gab der Minister einen Überblick über den Plan der Maßnahmen des Schuljahres 1948/49 mit den 12 richtungweisenden Punkten für unsere Arbeit (vgl. MBl. Nr. 18/19, S. 143/144).

+

Nach der Rede des Ministers fand eine öffentliche Prämierung der besten Lehrkräfte des Landes Brandenburg statt (Vergl. S. 162).

Das Landschulwesen

Am Nachmittag hielt der Referent für Landschulen, Herr Wendt, einen umfangreichen Vortrag über die Landschulen. Wenn wir die Reform der Landschule als Kernstück der gesamten Schulreform betrachten, so liegt darin keine Überbewertung; denn wir wissen, daß diese Arbeit am notwendigsten, umfangreichsten und schwierigsten ist. Der Redner gab einen umfangreichen historischen Überblick über das Landschulwesen des letzten Jahrhunderts. Mancher Kollege wird im stillen eine Parallele vom Ehedem zum Heute ziehen, die nicht immer restlos zugunsten der neuen Zeit ausfällt. Die Landschule war innerhalb des Gesamtschulnetzes von jeher am stiefmütterlichsten behandelt worden und bot infolgedessen leistungsmäßig und organisatorisch den rückschrittlichsten Anblick. Somit ist die Landschule gezwungen, einen weit größeren Schritt vorwärts zu tun und muß im gleichen Zeitraum mehr nachholen als die Stadtschule. Der zahlenmäßige Zuwachs auf dem Lande durch Flüchtlinge, Umsiedler und Neusiedler bedeutet für jeden Ort einen wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Umformungsprozeß. Die Um- und Neusiedler sind zum Teil ehemalige Großstädter und in der Regel bildungsfreudiger und aufgeschlossener als die einheimische Bevölkerung. Sie sind Reformideen zugänglicher und wissen den Wert gegenseitiger Hilfe zu schätzen, sie würden noch weit mehr eine Stütze der Schulreform sein, würde nicht die schwere tägliche Arbeitslast und Sorge ihren Weg hemmen. Vielfach liegt zur Zeit noch das ökonomische Schwergewicht und damit das Meistbestimmungsrecht im Dorfe bei den Altbauern. Eine Aufklärungsarbeit in dieser Hinsicht ist noch nicht überall in genügendem Maße geleistet worden.

Der Referent gab dann umfangreiches Zahlenmaterial bekannt, von dem hier nur das wichtigste genannt sei: Wir besitzen im Lande Brandenburg zur Zeit 1928 Landschulen (ein- und mehrklassige), die von rund 250 000 Schülern besucht werden und an denen rund 6000 Lehrkräfte unterrichten. Es fehlen noch immer 1724 Klassenräume. Der Redner sprach ausführlich über die Organisationsformen unserer Landschulen mit zahlreichen praktischen Beispielen, den Ausbau der Zentralschulen, die kleineren mehrklassigen Schulsysteme und den immer noch vorhandenen Mangel an Lehrkräften und guten Mentoren für die Neulehrer. Vom Leistungsstand der Schulen sagte er, daß rund 22% einen guten, 69% einen mittleren und 9% einen mangelhaften Stand aufwiesen. Bei der Hälfte der eingesetzten Lehrer erwiesen sich die Fachkenntnisse als ausreichend. Ein besonderer Punkt des Themas Landschule, der auch in der nachfolgenden Diskussion lebhaft erörtert wurde, war der Kurs- und Kernunterricht sowie der Fremdsprachenunterricht. Von den Delegierten wurde in diesem Zusammenhang der künftige Wegfall der Kreisseminare besonders begrüßt.

+

*) Bekanntgabe erfolgt im nächsten MBl.

Alle Schularbeit ist politische Arbeit!

Am Abend des ersten Tages hatten die Delegierten und Gäste des Kongresses Gelegenheit, im Stadttheater eine sehr gute Aufführung von Verdis „Troubadour“ mitzuerleben.

Der zweite Arbeitstag

Im Mittelpunkt des zweiten Arbeitstages stand nach einer allgemeinen Besichtigung der vielseitigen Ausstellung von Schülerarbeiten aller Fachrichtungen in der 5. Einheitsschule das Referat von Frau Kauter, Potsdam, über „Die politische Bildung des Lehrers“ (vgl. MBl. Nr. 18/19, S. 145/146. Der volle Wortlaut des Referates erscheint in Kürze als besondere Ausgabe des Mittellingsblattes.)

In der daran anschließenden Diskussion kam immer wieder zum Ausdruck, daß eine glückliche Lösung gefunden werden muß, die es vor allem dem Junglehrer ermöglicht, trotz der arbeitsmäßigen Belastung durch Weiterbildung politisch aktiv im Unterricht zu bleiben, so daß beide — gesellschaftliche wie wissenschaftlich-schulische Arbeit — zu ihrem Recht kommen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Weiterbildung allgemein diskutiert, und es wurde besonders betont, daß die verantwortlichen Stellen Wert darauf legen, daß hier ein elastisches System angewandt wird.

Auch das Thema „Gegenwartskunde als Fach“ (vgl. MBl. Nr. 18/19, S. 147/149 und RdErl. Nr. 84/48, S. 154/155) stand zur Debatte, und seine Einführung wurde von einigen Kollegen mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen. Der größte Teil der Delegierten jedoch anerkannte die

Notwendigkeit dieser Neuerung, und zwar Gegenwartskunde sowohl als Fach wie auch als Prinzip.

Professor Metropolski von der SMAD richtete zum Abschluß der Tagung noch eine besondere Begrüßungsansprache an die Delegierten. Nach dem Kriege sind die demokratischen Kräfte in der ganzen Welt gewachsen. Das erfordert eine Überprüfung der bisherigen Anschauungen durch die Altlehrer, die besonders die Jugendlichen der Klassenstufen 9 bis 12 unterrichten. In diesem Lebensalter stehen die Schüler und Schülerinnen bereits in einer bewußten Auseinandersetzung mit allen Dingen des Lebens. Hier haben gerade die Altlehrer eine besondere Verpflichtung, der sie leider bisher nicht immer in allen Fällen gerecht geworden sind.

Der stellvertretende Abteilungschef in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Herr Kreuziger, erklärte in einem kurzen Schlußwort, unsere Schule könne von den großen Kämpfen um uns herum nicht unberührt bleiben und die Lehrerschaft darf nicht unbeteiligt dabeistehen.

„Wir sagen ganz deutlich und klar: In Deutschland hat jeder Lehrer und jeder Mensch das Recht, für Freiheit, für Demokratie, für die Entwicklung zum Sozialismus, gegen die Menschenunterdrückung zu kämpfen soviel er will, aber niemals dagegen!“

+

Zum Abschluß der Arbeitstagung nahmen die Delegierten die Texte des eingangs wiedergegebenen Aufrufes und der Entschließung mit dem zusammengefaßten Ergebnis der Dritten Pädagogischen Landeskonferenz in Cottbus entgegen.

Red.

Prämierte Lehrer und Erzieher des Landes Brandenburg

Kreis Angermünde

1. Schulamtsanwärterin Frieda Weber in Welsow.

Kreis Beeskow-Storkow

2. Rektorin Charlotte Bunde in Ketschendorf.

Stadtkreis Brandenburg a. d. Havel

3. Rektor Johannes Friedrich.

Kreis Calau

4. Fachlehrer Paul Tutzke in Senftenberg.
5. Berufsschuldirektor Büder, Leiter der Bergbauingenieurschule in Senftenberg und Bezirksreferent.

Stadtkreis Cottbus

6. Schulamtsanwärter Manfred Hellmich.
7. Frau Maria Staats, Leiterin des Lehrgangs für russische Sprachlehrer in Cottbus.

Landkreis Cottbus

8. Schulamtsanwärter Kaschke in Kahren.

Stadtkreis Eberswalde

9. Schulamtsanwärterin Waltraut Ilgmann.

Stadtkreis Forst

10. Werner Herden errichtete das „Pädagogische Zimmer“ in Forst.

Stadtkreis Frankfurt a. d. Oder

11. Schulamtsanwärterin Ingeborg Schenk.
12. Berufsschuldirektor Beilken, Bezirksreferent in Frankfurt a. d. Oder.

Stadt- und Landkreis Guben

13. Frau Charlotte Manzel in Fünfeichen.

Kreis Lebus

14. Schulamtsanwärter Fred Freund in Ortwig.
15. Rektor Bondam in Brieskow.

Kreis Lübben

16. Schulleiter Kurt Dübelt in Groß Briesen.

Kreis Luckau

17. Schuldirektor Gerhard Semisch in Finsterwalde.
18. Berufsschuldirektor Fischer in Finsterwalde.

Kreis Luckenwalde

19. Schulamtsanwärterin Irmgard Thielmann in Jüterbog.

Kreis Niederbarnim

20. Rektor Wildow in Altlandsberg.

Kreis Oberbarnim

21. Schulamtsanwärterin Christa Thiele in Freienwalde (vorher in Alt-Ranft).
22. Frau Anneliese Koberling, Kindergarten in Strausberg.

Kreis Osthavelland

23. Ilse Steidel in Flatow.
24. Rektor Michael Bürk, Russischlehrer in Nauen.

Kreis Ostprignitz

25. Schulamtsanwärterin Marianne Krajewski in Görke.

Stadtkreis Potsdam

26. Fachlehrerin Ilse Düvelt.
27. Russischlehrerin Klara Freydank, Referentin für den russischen Unterricht im Stadtkreis Potsdam.
28. Fräulein Edith Oschkeit, Kindergarten Potsdam-Babelsberg.

Kreis Prenzlau

29. Direktor Dr. Strohschenk in Prenzlau.

Kreis Ruppin

30. Wilhelm Kujath in Flecken Zechlin.

Kreis Spremberg

31. Schulamtsbewerber Arthur Janda in Brigittenhof.

Kreis Teltow

32. Schulamtsbewerber Ludwig Marschalsky in Fernneuendorf.

Kreis Templin

33. Direktor Arthur Scharmentke, Landesschule.

Kreis Westhavelland

34. Rektor Kimmel in Nennhausen.

Kreis Westprignitz

35. Rektor Mayer in Putlitz.

Stadtkreis Wittenberge

36. Schulamtsanwärterin Klara Prieß.

Kreis Zauch-Belzig

37. Schulamtsanwärter Erich Rahn in Mützdorf.
38. Frau Elisabeth Engemann, Kindergarten in Werder.

Das „Mittellingsblatt für die Schulen und Volksbildungsämter des Landes Brandenburg“ erscheint zweimal im Monat. Einzelpreis 0,35 RM, Bezug durch die Post, Abonnement vierteljährlich 2,50 RM einschl. Zustellgebühren. Einzelpreis der Ausgaben des Pädagogischen Kabinetts (nur durch den Verlag erhältlich) 0,75 RM. Eingesandte Manuskripte werden u. U. auch zu anderweitiger Verwendung einbehalten.

Redaktion: V. A. Scherl, Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, Potsdam, Saar-munder Straße 23, Haus 12, Zimmer 114, Telefon 4351.
Verlag: Potsdamer Verlagsgesellschaft Potsdam, Lennéstraße 9, Telefon 6288. Konto-Nr. 9162 bei der Landeskreditbank Brandenburg. Lizenz-Nr. 120 der SMV
Druck: A. W. Hayn's Erben, Potsdam, von-Guericke-Straße 3.